

Die gefährliche Macht der angeblichen NGOs

Welt, 11.02.2025, Andreas Rosenfelder

<https://www.welt.de/debatte/plus255395416/NGOs-Der-deutsche-Deep-State-und-seine-gefaehrliche-Macht.html>

Die NGOs sind in Deutschland längst ein Staat im Staate – und greifen, von der Bundesregierung mit Steuergeldern finanziert, in die demokratische Willensbildung ein. Wer eine andere Politik in Deutschland will, muss die manipulative Macht dieser verfassungswidrigen Institutionen brechen.

Woran erkennt man eine liberale Demokratie? Dürfte man nur ein einziges Kriterium benennen, so wäre es die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft. In autoritären und totalitären Systemen durchdringt der Staat, dieses „kälteste aller kalten Ungeheuer“ (so Nietzsche), sämtliche Lebensbereiche. Dagegen beruht jede freiheitliche Grundordnung auf der scharfen Begrenzung staatlicher Macht.

In Deutschland ist dieses demokratische Prinzip bedroht – aber anders, als gerade überall behauptet wird, nicht in erster Linie durch die AfD. Bei der handelt es sich bislang noch um eine Oppositionspartei ohne jede Option auf exekutive Macht. Eine sehr viel konkretere, dafür aber auch sehr viel weniger beachtete Gefahr geht ausgerechnet von jenen Organisationen aus, die sich als Vertreter der Zivilgesellschaft und Retter der Demokratie ausgeben – obwohl sie faktisch Fortsetzungen des Staatsapparates verkörpern.

Die Rede ist von den NGOs, deren Name – Non-Governmental Organizations, also Nichtregierungsorganisationen – längst wie eine Orwellsche Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes klingt. Denn diese NGOs betreiben nur die Fortsetzung der Regierungspolitik mit anderen Mitteln – beziehungsweise, was noch schlimmer ist, mit zweckentfremdeten Steuermitteln.

Ein skandalöses Geflecht von Zuwendungen

Das offenbart sich dieser Tage an jenem skandalösen Geflecht von Zuwendungen, das die amtierende Bundesregierung mit jenen Organisationen verbindet, welche die scheinbar so spontanen Proteste gegen den CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz und seinen angeblichen „Rechtsruck“ auf die Straße bringen.

Von „Omas gegen rechts“ bis zur Amadeu-Antonio-Stiftung, von HateAid bis Campact, von BUND bis NABU kommt eine Struktur von Vereinen und Verbänden ans Licht, die nach Recherchen von WELT direkte oder indirekte Förderungen aus dem grünen Familienministerium von Lisa Paus, aus dem SPD-Innenministerium von Nancy Faeser oder sogar aus dem Kanzleramt von Olaf Scholz beziehen – und nun ganz im Sinne der Regierungsparteien in den Wahlkampf eingreifen. Aus staatsrechtlicher Sicht verstößt diese Praxis gegen die Verfassung: Ein demokratischer Staat darf Steuergelder nicht dazu missbrauchen, aktiv in die Meinungsbildung einzugreifen oder gar Oppositionsparteien zu bekämpfen.

Tatsächlich sind die regierungsnahen Strippenzieher der Anti-CDU-Proteste nur die Spitze eines politischen Eisbergs. Denn die NGOs sind längst ein Staat im Staate, ein Schattenstaat oder „Deep State“, wie er im Buche steht. Sie durchdringen jene

hochsensiblen Gesellschaftsbereiche, in denen sich eigentlich das freie Spiel der demokratischen Willensbildung jenseits staatlicher Einflussnahme zutragen sollte. Und sie verhindern als militante Diskursblockierer und Status-Quo-Verteidiger dringend notwendige Reformen – sei es in der Migrationspolitik, in der Sozialpolitik oder in der Energiepolitik. Dabei nutzen die NGOs alle Mittel der Manipulation und verdeckten Einflussnahme – und sind, wie etwa die vermeintlich „gemeinnützige“ Medienagentur „Correctiv“ oder die dubiosen „Meldestellen für Hass im Netz“, immer sofort zur Stelle, wenn es darum geht, abweichende Meinungen durch „Faktenchecks“ als „Desinformation“ zu diskreditieren.

Der Philosoph Jürgen Habermas hat im „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ aufgezeigt, wie die Zivilgesellschaft im 18. Jahrhundert in scharfer Opposition zum absolutistischen Staat entstand. Die NGOs, bei denen es sich um getarnte Regierungsorganisationen handelt, zerstören diesen für Demokratien existenziellen Freiraum.

Ausgesprochen hat diese Tatsache in der notwendigen Klarheit bislang nur der CSU-Chef Markus Söder, der schon im Dezember prophetisch feststellte: „Die Wahrheit ist doch, bei uns regieren die NGOs!“

Ein politischer Neuanfang in Deutschland, das zeigt dieser Tage, wird nur dem gelingen, der es schafft, die undemokratische Macht der NGOs zu brechen.